warum sie so viel mehr offensives Potential in Europa unterhalte als zur Verteidigung erforderlich sei.
Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse nannte als die nächsten Ziele auf dem Abrüstungskalender der Supermächte die Verringerung der strategischen Kernwaffen um die Hälfte und die Ächtung chemischer Waffen. Die Idee des sozialistischen Rechtsstaats, den die Sowjetunion für ihre innere Ordnung anstrebe, sei untrennbar mit der Achtung des Rechts in den internationalen Beziehungen verbunden. Auf der Basis dieses neuen politischen Denkens sollten Ziele wie die Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahr 2000, ein umfassendes Sicherheitssystem und das »gemeinsame europäische und globale Haus« angestrebt werden. Die konventionelle Abrüstung in Europa soll nach Schewardnadses Vorstellungen in drei Schritten vor sich gehen: Zuerst seien existierende Ungleichgewichte zu beseitigen, dann solle eine Reduzierung um je etwa 500 000 Mann erfolgen, worauf weitere Schritte festzulegen seien. Die Truppen auf beiden Seiten sollten rein defensiv strukturiert sein.
Ohne auf Indiens eigene Nuklearambitionen einzugehen, schlug Premierminister Rajiv Gandhi nach einem engagierten Eintreten gegen die Abschreckungsdoktrin und Versuche einer technischen Verbesserung von Kernwaffen sowie der Verteidigungsbemühungen dagegen (SDI) vor, im Zuge der Neuverhandlungen des Nichtverbreitungsvertrages (dieser läuft 1995 aus) die dort enthaltenen Absichtserklärungen der Kernwaffenstaaten in verbindliche Abrüstungsverpflichtungen umzuwandeln. Als Termin für die so zu erreichende Beseitigung aller Kernwaffen nannte Gandhi das Jahr 2010.
US-Außenminister George Shultz bezeichnete die Nichtverbreitung von Waffentechnologien als das zentrale Problem des Abrüstungssektors. Das gelte für A-, B- und C-Waffen sowie für die Raketentechnik. Es wäre tragisch, wenn in dem Moment, da die UdSSR und die USA ihre Mittelstreckenwaffen verschrotten, andere Länder die nukleare Schwelle überschritten. Während die Reduzierung der Arsenale der Supermächte deren bilaterale Angelegenheit sei, habe der multilaterale Verhandlungsprozeß wichtige Funktionen bei den chemischen Waffen und der Nicht-Weiterverbreitung. Konkrete Fortschritte erwartet Shultz beim Atomwaffenteststopp, der Verringerung der strategischen Arsenale und bei Vertrauensbildenden Maßnahmen.
Wie gering die Bereitschaft zur Konzentration auf das Konferenzthema teilweise war, zeigte sich, wenn Vertreter von Staaten sprachen, die in regionale Konflikte verwickelt sind. Mehr oder weniger heftige Angriffe auf den jeweiligen Gegner, die nur notdürftig in Äußerungen zum Abrüstungsproblem eingebettet waren, gab es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg sowie den Konflikten um Zypern, Kamputschea, den Nahen Osten, Mittelamerika und Afghanistan. Der paraguayische Präsident Alfredo Stroessner beschränkte sich gar darauf, sein Land als Hort politischer Stabilität, der Freiheit, der Menschenrechte und der Ordnung zu präsentieren.

Umstrittenes ›Stück Papier‹

Die Sachthemen der Tagesordnung, die weitgehend konturlos formuliert waren, wurden in einem für alle Teilnehmer offenen Gremium verhandelt; dieser Plenarausschuß setzte seinerseits drei Arbeitsgruppen ein. Deren Mandat war so allgemein gehalten, daß Schwerpunktbildungen von vorneherein praktisch unmöglich waren. Die erste Gruppe befaßte sich mit der Umsetzung der Ergebnisse der bisherigen Abrüstungssondertagungen der Generalversammlung, die zweite behandelte (unter Vorsitz des Bonner Diplomaten Paul-Joachim von Stülpnagel) abrüstungsrelevante Entwicklungen unter Berücksichtigung der Grundsätze und Prioritäten des Schlußdokuments der 10. Sondergeneralversammlung von 1978 und der Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung, während sich die dritte Gruppe der Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsprozeß sowie bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung annahm.
Neben Vorschlägen und Stellungnahmen der Mitgliedstaaten lagen den Arbeitsgruppen Berichte verschiedener UN-Gremien (Abrüstungskonferenz, Abrüstungskommission, Ad-hoc-Ausschüsse für den Indischen Ozean und für die Weltabrüstungskonferenz) und Stellungnahmen nichtstaatlicher Organisationen vor. Die Sowjetunion rühmte ihr neues ›Glasnost‹ in Rüstungssachen und schlug vor, alle Truppen und Basen auf fremdem Territorium bis zum Jahre 2000 abzuziehen. Gemeinsam mit Bulgarien und der DDR präsentierte sie einen Plan für Maßnahmen zur maritimen Abrüstung. Die DDR machte sich für einen atomwaffenfreien Korridor durch Mitteleuropa stark, und die Bundesrepublik Deutschland unterbreitete für die zwölf EG-Staaten ein blasses Papier zur Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsprozeß (A/S-15/43).
In der Anhörung von über 100 nichtstaatlichen Organisationen sowie Friedensforschungs-Instituten bestätigte sich alle Welt, welch wichtiges Ziel die Abrüstung ist. Keine politische und weltanschauliche Richtung blieb sprachlos, kein Aspekt der Abrüstungsdiskussion unbeleuchtet. Daß dies neue Erkenntnisse ans Tageslicht gefördert hätte, kann allerdings kaum behauptet werden. Aus der Bundesrepublik Deutschland war einzig die grünnahe Stiftung ›Gesellschaft für politische Ökologie‹ gekommen, die die Einrichtung eines weltweiten computergestützten Informationsnetzwerks für nichtstaatliche Friedengruppen forderte. Unmittelbar nach ihr — und wie sie als eine der 20 geladenen Institute der Friedens- und Abrüstungsforschung — kam die der Regierung Reagan in besonderem Maße verbundene ›Heritage Foundation‹ zu Wort, die der Generalversammlung die Ausrufung der neunziger Jahre zur ›Dekade der Abrüstung der blockfreien Staaten‹ empfahl.
Gegen Ende der Beratungen der Arbeitsgruppen stellte sich heraus, daß ein Konsens über ein Schlußdokument nur schwer erreichbar sein würde. Als problematisch erwiesen sich die Bereiche der See- und der Weltraumrüstung, der Komplex Abrüstung und Entwicklung sowie die Frage der kernwaffenfreien Zonen und der Friedenszonen mit ihrer Stützpunktproblematik; Anstoß an vorgesehenen Hinweisen auf das nukleare Potential Südafrikas und Israels nahmen die USA. Zwar kam gegen Ende des letzten offiziellen Konferenztags noch einmal die Hoffnung auf, man könne sich auf ein etwa 13seitiges Papier verständigen; diese realisierte sich dann aber doch nicht, offenbar weil die USA zu Zugeständnissen in Sachen kernwaffenfreie Zonen und Friedenszonen nicht bereit waren und andere auf der Aufnahme des Punktes in das Schlußdokument bestanden. Das Scheitern der von allen Seiten mit großem Ernst geführten Verhandlungen kommentierte US-Botschafter Vernon Walters vor Journalisten zuspitzend dahin, die Vereinigten Staaten besäßen »Bestandteile der nationalen Politik, die wir nicht um eines Stückes Papier willen preisgeben können«.

Horst Risse □

Wirtschaft und Entwicklung

IMF und Weltbank: Jahrestagung in Berlin (West) — Streiflichter aus Berlin (Ost) — Breite öffentliche Diskussion — Schuldenkrise der Dritten Welt im Blickpunkt — Einige neue Aspekte, aber keine größeren Entscheidungen (30)

(Vgl. auch VN 4/1988 S.105-118.)

Kongreß mit Beiprogramm

Das größte und bedeutendste Konferenzereignis auf deutschem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg — so wurde die 43. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin nicht nur von Bundeskanzler Helmut Kohl apostrophiert.
Unabhängig vom Konferenzergebnis war von vornherein klar, daß die Konferenz einige Spesen abwerfen würde. Denn wenn sich die Spitzen der Finanzwelt treffen, muß es auch standesgemäß zugehen: An einem Abend kreuzten in Berlin 22 zu lukullischen Weihestätten drapierte Schiffe auf dem ›Wannsee in Flammen‹, an anderen Abenden traf man sich zu besonderem Kunstgenuß: so gab es eine Vorstellung des Stuttgarter Balletts (Einladender: Deutsche Bank), wie zum Schahbesuch 1967 eine Aufführung von Mozarts Zauberflöte (Bundesregierung) und ein Karajan-Konzert (Dresdner Bank zusammen mit der Bundesregierung). Über 300 gesellschaftliche Ereignisse dieser Art wurden während der Konferenzwoche gezählt.
Für Berlin (West) war die Tagung auch ein diplomatischer Erfolg. Immer noch gilt die Festlegung, daß die Vereinten Nationen keine offiziellen Konferenzen in Berlin abhalten — wegen der unterschiedlichen Auslegungen der Berlin-Verträge und wegen des Status von Berlin. Weltbank und IMF sind zwar keine unmittelbaren Bestandteile der Vereinten Nationen, wie das UN-Sekretariat anderslautende Behauptungen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen korrigieren mußte, doch gehören die beiden Weltfinanzinstitutionen als UN-Sonderorganisationen zur UN-Großfamilie. Berlin (Ost) eröffnete denn auch kein Propaganda-Sperrfeuer gegen die Veranstaltung wie zu früheren vergleichbaren Anlässen. Im Gegenteil, auch die Ostberliner Nobelhotels profitierten von der

Besucherschwemme. Den reichen Gästen aus aller Welt wurde perfekter Staatsschutz geboten, die Mauer geöffnet, und es wurden sogar Ostberliner Staatskarossen für den Transport zum und vom Kongreßzentrum vermietet.

Der deutsch-deutschen Annäherung auf offizieller Seite entsprach auch eine neue Gemeinsamkeit der Kritiker in Ost und West. Nicht nur die Westberliner Gegenveranstaltungen machten Schlagzeilen, auch eine Ostberliner Aktionswoche, die sich in einem Aufruf »gegen IWF, Weltbank und Geschäftsbanken sowie ihre mörderischen Praktiken bei der Ausplünderung der Völker in allen Teilen der Welt« wandte. Unterzeichner des Aufrufs waren Ostberliner Organisationen wie ›Kirche von unten‹, ein ›Friedenskreis Friedrichsfelde‹ sowie Mitglieder der Bürgerrechtsgruppe ›Initiative Frieden und Menschenrechte‹ und auch westliche Organisationen: das Martin-Niemöller-Haus im Westteil Berlins, die Alternative Liste Berlin und Die Grünen. Neben Veranstaltungen und Gottesdiensten führten in Berlin (Ost) IMF-Gegner öffentliche Mahnwachen durch, die allerdings von den DDR-Sicherheitskräften aufgelöst wurden. Bei einem von 800 Teilnehmern besuchten Gottesdienst in der Ostberliner Sophienkirche am 25. September 1988 kritisierte der frühere Magdeburger Landesjugendpfarrer Curt Stauss die DDR-Regierung, sie unterstütze IMF und Weltbank; der Handel der DDR mit den Entwicklungsländern habe dieselbe ausbeuterische Struktur wie der der kapitalistischen Länder.

Im Westen hatten sich die Kritiker lange auf das Ereignis vorbereitet. Zwischen ihnen und der Bundesregierung entwickelte sich ein Konfliktszenario, das es so in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat. Schon zweieinhalb Jahre vor der Berliner Zusammenkunft der beiden Bretton-Woods-Institute beschloß der ›Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen‹ (BuKo), ein lockerer Zusammenschluß von Dritte-Welt-Initiativen, auf seinem 10. Jahreskongreß in Bremen, den 11. Kongreß im Mai 1987 in Fulda dem Verschuldungsproblem zu widmen. Dort wurde die ›Fuldaer Erklärung‹ verabschiedet, zudem ein Zusatz, in dem vieldeutig zur Verhinderung der Jahrestagung aufgerufen wurde. Anfänglich fand diese Erklärung wenig Beachtung. Erst ein Artikel vier Monate später in der ›Frankfurter Rundschau‹ anläßlich der Berlin-Präsentation bei der IMF/Weltbank-Jahrestagung im September 1987 in Washington, in dem von dem Fuldaer ›Verhinderungs-Beschluß‹ berichtet wurde und die ›autonomen‹ Gruppen Terroristen genannt wurden, schlug in Washington wie eine Bombe ein. Würde die Berliner Tagung von Barrikaden, brennenden Autos, geplünderten Geschäften und Schlachten zwischen Polizei und Demonstranten begleitet sein, und wäre die Sicherheit der hochrangigen Gäste aus aller Welt gewährleistet? So fragten IMF- und Weltbank-Offizielle sorgenvoll. Diese Sorgen führten zu zwei ganz unterschiedlichen Reaktionen. Die Bundesregierung setzte auf massive Einschüchterung, IMF und Weltbank setzten auf Annäherung und diskursive Streitkultur.

Weltbank stellt sich ihren Kritikern

Schon bald nach der Jahrestagung nahm der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein, die Haushaltsdebatte im Bundestag am 24. November 1987 zum Anlaß, um heftig gegen den BuKo zu polemisieren; der BuKo, so Klein, sei ein »Hort von Terroristen, Kommunisten und Linksalternativen«, aus deren Reihen »Gewalt gegen die Jahrestagung des IWF und der Weltbank angekündigt« sei. Das Bundeskriminalamt schaltete sich ein, wenn der BuKo oder die vom BuKo initiierte ›IWF/Weltbank-Kampagne‹ überregionale Koordinierungstreffen durchführen wollte. Mehr als einmal mußten die Versammlungsräume gerichtlich erstritten werden. Minister Klein beschränkte sich bald nicht nur auf den BuKo, auch etablierte Entwicklungsorganisationen wie ›Terre des Hommes‹ oder ›Deutsche Welthungerhilfe‹ und besonders die Kirchen gerieten unter seinen Beschuß. Anlaß war die Nord-Süd-Kampagne des Europarats, an der sich auch der BuKo beteiligt hatte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) schloß den BuKo jedoch von Zuschüssen aus, was alle anderen an der Kampagne beteiligten Organisationen veranlaßte, ihrerseits auf BMZ-Fördermittel zu verzichten. Für diese »Solidarisierung« mit dem BuKo drohte der Minister im Deutschen Bundestag mit »Konsequenzen«. Diese rhetorischen Scharmützel trugen nachhaltig dazu bei, die Aktivitäten des BuKo und der Kampagne einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und das allgemeine Interesse auch der Journalisten zu wecken. Vor allem in den Berliner Medien kamen monatelang Pro und Contra zur Geltung. Auch der Bundespräsident meldete sich in der ›Frankfurter Allgemeinen Zeitung‹ Anfang September mit einem langen, differenzierten Artikel zu Wort.

Auf diese Weise wurden auch IMF und Weltbank aktiv. Zu zahllosen Veranstaltungen entsandten sie Sprecher. Mit der grünnahen Berliner ›tageszeitung‹ versuchte die Weltbank, einen Kongreß zu veranstalten, bei dem die Kritiker und Weltbankmitarbeiter aufeinandertreffen sollten. Der Kongreß platzte angesichts von Drohgebärden aus der Berliner ›Szene‹.

Obwohl die Geschäfte von IMF und Weltbank nicht zu den leicht verständlichen gehören, arbeiteten sich in Veranstaltungen und Seminaren an die 100 000 Menschen in die Geheimnisse der Weltwirtschaft ein. Zu den wichtigsten Veranstaltungen gehörten ein Symposium der ›Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung‹ (GKKE) im Juni 1988 in Berlin, ein ökumenisches Hearing im August 1988, eine Veranstaltung des Berliner DGB und ein Pro-und-Contra-Austausch der von Willy Brandt initiierten Stiftung ›Entwicklung und Frieden‹ kurz vor Beginn der Jahrestagung.

Höhepunkt der kritischen Veranstaltungen waren drei Gegenkongresse parallel zur offiziellen Jahrestagung und eine Demonstration am 25. September in Berlin, zu der rund 50 000 Teilnehmer kamen. Am stärksten besucht war der ›Gegenkongreß‹, der von über hundert Organisationen getragen wurde. In fünf Foren diskutierten internationale Experten — darunter André Gunder Frank, Susan George, Dan Nabudere und Betroffene von Basisgruppen aus der Dritten Welt — mit über 4 000 gut informierten Besuchern der Veranstaltung Themen, die vom bestehenden Weltwirtschaftssystem, der Rolle von IMF und Weltbank und den sozialen Auswirkungen der Schuldenkrise bis zur Militarisierung als Folge der Krise reichten. In der Abschlußerklärung werden der umfassende Schuldenerlaß und weitere Wiedergutmachungsleistungen für die durch die Schuldenkrise verursachten sozialen und ökologischen Schäden gefordert.

Einem internationalen Ökologiekongreß, der parallel zum Gegenkongreß stattfand, stellte sich der Leiter der zentralen Umweltschutzabteilung der Weltbank, Kenneth Piddington. Piddington gelang es, nach dem Kongreß mit einigen Umweltschutzorganisationen wie dem ›World Wildlife Fund‹ (WWF) eine gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen, in der die Weltbank dem Schutz tropischer Regenwälder »höchste Priorität« zumißt, eine Festlegung, die später Weltbankpräsident Barber Cohable wieder einschränkte; die Weltbank, so Conable vor der Presse, habe keine einzelnen ›höchsten‹ Prioritäten, und sie bleibe weiterhin eine Entwicklungsinstitution. Im Gegensatz zum Gegenkongreß sprach sich der Ökologiekongreß in seiner ›Berliner Erklärung‹ für Schuldenumwandlungen zugunsten des Umweltschutzes (debt for nature swaps) aus.

Mit besonders viel Prominenz besetzt war das ›Tribunal‹ der Lelio-Basso-Stiftung, die schon eine Reihe von Anhörungen nach dem Vorbild der früheren Russell-Tribunale veranstaltet hat. Nach Berlin kamen als Richter, Zeugen, Ankläger und Verteidiger unter anderen die Nobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel (Argentinien) und George Wald (USA), der US-Ökonom und Weltwährungsspezialist Robert Triffin (als ›Pflichtverteidiger‹, IMF und Weltbank waren nicht bereit, sich selbst zu verteidigen), Eduardo Galeano, ehemalige afrikanische Minister und Weltbank-Gouverneure wie der Liberianer Togbah-Nah Tipoteh und der Tansanier Abdulrahman Babu, sowie die deutschen Politiker und Wissenschaftler Katharina Focke, Gert Weisskirchen, Ludger Volmer und Elmar Altvater. Das Urteil des Tribunals lautete ›bedingt schuldig‹; bedingt, weil IMF und Weltbank nur ein Teil der Weltwirtschaftsstruktur sind. In zwei Jahren will das Tribunal erneut zusammentreten, um die ›Bewährung‹ zu überprüfen.

Für viele unerwartet hatte sich auf Grund der langfristigen Vorbereitung und des in der Bundesrepublik bisher einmaligen Konfliktszenarios eine Massenbewegung entwickelt, an der selbst Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Ansprache zur Eröffnung der gemeinsamen Tagung der Gouverneursräte von IMF und Weltbank am 27. September nicht vorbeikam, auch wenn er deren Forderungen kategorisch zurückwies.

Auf den tatsächlichen Konferenzverlauf — der eigentlichen Tagung waren mehrere Tage Beratungen verschiedener (wichtiger) Gremien vorangegangen — hatten die Proteste keinen Einfluß. Größere Entscheidungen standen dort nicht an, die Kapitalerhöhung der Weltbank war im vergangenen Jahr beschlossen worden, die nächste Wiederauffüllung der Weltbanktochter IDA ist erst in

zwei Jahren fällig, die Quotenerhöhung des IMF im nächsten Jahr. Der Crash des 19. Oktober vergangenen Jahres an den Börsen hatte sich nicht auf die Konjunktur ausgewirkt. In diesem Jahr verzeichnen die Industrieländer sogar einen beachtlichen Aufschwung; das Sozialprodukt steigt zwischen 3,5 und 4 Prozent. Der IMF mußte seine Prognosen um 1,1 Prozentpunkte gegenüber seiner letzten Schätzung im April nach oben korrigieren. Die Schuldsumme der Dritten Welt war zwar weiter auf über 1,2 Billionen US-Dollar gestiegen, der Schuldendienst im Verhältnis zu den Exporterlösen der Entwicklungsländer wird aber in diesem Jahr zum ersten Mal wieder leicht rückläufig sein. Im übrigen stehen die Präsidentschaftswahlen in den USA bevor. Es gab also für Machtpolitiker keine besondere Veranlassung und Dringlichkeit für grundlegende Entscheidungen. Die Stimmverhältnisse bei IMF und Weltbank haben auch dafür gesorgt, daß die Entwicklungsländer hier ihre Forderungen beträchtlich zurückschrauben. So können sie sich zum Beispiel noch immer nicht auf ein Entschuldungsverfahren einigen, etwa eine Begrenzung des Schuldendiensts auf eine volkswirtschaftlich zumutbare Obergrenze.

Eröffnung der ›fünften Dimension‹

In fünf Bereichen tat sich im Berliner Internationalen Kongreßzentrum (ICC) Bemerkenswertes.

- Auf Initiative des Geschäftsführenden Direktors des IMF, Michel Camdessus, fand nach fast 15 Jahren zum ersten Mal wieder eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Weltwährungsreform statt. Hintergrund sind die gigantischen Handelsbilanzdefizite des Leitwährungslands USA. Die Forderung nach einem neuen »Anker« (Camdessus) wurde besonders von den Entwicklungsländern (Gruppe der 24), von Frankreich und Japan aufgegriffen. Aber die Diskussion bewegte sich noch auf einer »akademischen Vorstufe«, wie Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl feststellte.
- Gefeilscht wurde um eine sogenannte ›Erweiterung‹ des Menü-Ansatzes beim Schuldendienst. Es geht um die Schuldenstreichung mit ›marktkonformen‹ Methoden, also um die Weitergabe der Differenz zwischen Kurs- und Nennwert bestehender Schuldtitel an die Schuldnerländer durch entsprechende Reduzierung des Nennwerts der Schuldtitel. Der Kurswert von Entwicklungsländerschulden auf den sogenannten Sekundärmärkten liegt derzeit durchschnittlich bei etwa 50 Prozent vom Nennwert. Die Banken verlangen nun nach dem Vorbild des Mexiko-Modells staatliche Garantien für Schulden, die auf einen niedrigeren Nennwert umgewandelt werden. In Berlin lehnten die Regierungen der wichtigsten Industrieländer einen »Transfer des Risikos von den Privaten auf den Staat« kategorisch ab.
- Erneut sorgte Japan für Überraschungen. Der japanische Delegationsleiter Satoshi Sumita, Gouverneur der Bank von Japan, berichtete, daß Japan die Ankündigung vom vergangenen Jahr, 30 Mrd Dollar aus seinen Handelsüberschüssen in die Dritte Welt zurückzuschleusen, zu vier Fünfteln realisiert habe. Japan wird bald die 10-Mrd-Dollar-Grenze für Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) überschritten haben, zweieinhalbmal so viel wie die Bundesrepublik Deutschland und mehr als die USA. Beim Sonderprogramm für die von der Verschuldung am härtesten getroffenen afrikanischen Länder wird die japanische Regierung praktisch alle Schulden gegenüber japanischen Geschäftsbanken übernehmen. Die Bundesregierung erklärte sich lediglich bereit, bis zu 50 Prozent des Zinsendienstes für entsprechende Kredite deutscher Banken (es handelt sich überwiegend um Handelskredite, die von der staatlichen Hermes-Versicherung garantiert sind) zu übernehmen. Der Finanzminister möchte darüber hinaus diesen Zinszuschuß dem BMZ-Haushalt anlasten, was zu einer weiteren Verringerung der Entwicklungszahlungen führen würde. Sumita kündigte schließlich noch an, Japan werde sich mit weichen, lieferungebundenen Krediten an der Finanzierung von IMF-Strukturanpassungsprogrammen beteiligen.
- Schon bei der Frühjahrstagung hatte Minister Klein eine bundesdeutsche Initiative im Bereich des Umweltschutzes angekündigt. Bundeskanzler Kohl hatte sich beim Wirtschaftsgipfel in Toronto dann für den Schuldenerlaß zugunsten von Umweltschutzmaßnahmen ausgesprochen. Seine Ausführungen stützte Kohl damals auf ein Gutachten des Leiters des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, Dieter Oberndörfer. In Berlin war von der Initiative allerdings wenig übrig geblieben. Die Vorschläge von Oberndörfer bezeichnete Minister Klein als »nicht sehr intelligent«. Die Bundesregierung beschränkte sich darauf mitzuteilen, daß sie weitere 150 Mill DM für Umweltschutzprojekte bereitgestellt hätte; es handelt sich nicht um zusätzliche Mittel, sondern um eine Umverteilung innerhalb des Entwicklungshaushalts. Die Schau stahl Klein der kanadische Finanzminister Michael Wilson, der mit einem Vier-Punkte-Vorschlag zur Umweltpolitik nach Berlin kam. Zwei Vorschläge wurden übernommen; einmal soll die Weltbank jährlich einen Bericht über die Umweltauswirkungen ihrer Aktivitäten veröffentlichen, und zum zweiten soll sie sich mehr der Expertise von Nichtregierungsorganisationen bedienen. Die Vorschläge, die Weltbank solle besondere Umweltkriterien für Energie-, Viehzucht-, Forst- und Straßenprojekte entwikkeln und sie solle innovative Wege ermitteln, den Naturschutz in den Entwicklungsländern zu finanzieren (zum Beispiel durch Schuldenerlaß), blieben auf der Strecke.
- In Berlin wurde schließlich ein Tabu der multilateralen Banken durchbrochen, sich nie an Umschuldungen zu beteiligen. Zum ersten Mal sollen nun teure Kredite der Weltbank mit Krediten zu IDA-Konditionen bezahlt werden. Im Weltbankjargon heißt dieser Kreditschalter die »fünfte Dimension« der Weltbank. In den Genuß dieser neuen Dimension sollen Länder kommen, die heute nur noch IDA-Kredite bekommen, vor Jahren aber auch noch Weltbankkredite, die sie immer noch zurückzahlen. Für die Zinszahlungen aus diesen alten Weltbankkrediten erhalten sie nun weiche IDA-Kredite. Das Geld für diese Darlehen entnimmt die Weltbank wiederum dem IDA-Schuldendienst ihrer Kreditkunden.

Aus der Perspektive der Arbeiter an den Förderbändern der Goldminen gab es bei der Berliner Jahrestagung einige Neuigkeiten, aber aus der Sicht des 1,2 Billionen Dollar hohen Abraumberges keine Veränderung.

Konrad Melchers □

Sozialfragen und Menschenrechte

Flüchtlinge im Südlichen Afrika: Konferenz der OAU in Oslo — Kooperation mit den Vereinten Nationen — Apartheidsystem als Ursache des Problems (31)

Millionenheer Entwurzelter

Annähernd 5 Millionen Menschen sind allein in Angola und Mosambik Vertriebene im eigenen Land — Entwurzelte, die im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen ihre Heimstätten verlassen mußten, die freilich vom herkömmlichen Begriff des ›Flüchtlings‹ nicht erfaßt werden. Im Südlichen Afrika stellen die (Staatsgrenzen überschreitenden) Flüchtlinge nur rund ein Fünftel all jener, die sich auf der Flucht befinden.

Entsprechend umfassend war die Themenstellung der *Internationalen Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im Südlichen Afrika* (International Conference on the Plight of Refugees, Returnees and Displaced Persons in Southern Africa, SARRED), die vom 22. bis 24. August 1988 in Oslo stattfand. Veranstalter der Tagung in der norwegischen Hauptstadt war die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) in enger Zusammenarbeit mit dem UN-Generalsekretär und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR). Den von den Staats- und Regierungschefs der OAU auf ihrer 23. Tagung Ende Juli 1987 in Addis Ababa gefaßten Beschluß zur Abhaltung einer derartigen Konferenz sowie die positive Stellungnahme des Exekutivausschusses des Programms des UNHCR hierzu (UN Doc. A/42/12/Add.1, Ziff.209) hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 42/106 vom 7. Dezember 1987 begrüßt und den UN-Generalsekretär damit beauftragt, die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz nach Kräften zu unterstützen. Die Kosten der SARRED wurden von der OAU, den Vereinten Nationen und den skandinavischen Staaten gemeinsam getragen. Ihr Thema waren die mehr als 6 Millionen Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen in den neun Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des Südlichen Afrika (Southern African Development Co-ordination Conference, SADCC): Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania. Die Situation wurde in der für die Konferenz erstellten Dokumentation ausführlich beschrieben; allerdings waren die Daten bei Beginn der Tagung auf Grund neuer Flüchtlingsströme bereits teilweise überholt. Auf die einzelnen Staaten verteilen sich die Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen wie folgt:

- Angola: 92 000 Flüchtlinge, über 1,5 Millionen Vertriebene;
- Botswana: 5 225 Flüchtlinge;
- Lesotho: 4 000 Flüchtlinge, 1 500 Rückkehrer;